Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Pilganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Pilganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3047

Nr. 30 | **München, 22. Juli 1932** | **19. Jahrgang**

Die Juden im deutschen Rechtsstaat

Unter diesem etwas anspruchsvollen Titel veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung" am 14. Juli nachstehende Bemerkung, die ihres Interesses halber wiedergegeben sei.

Die Reichsregierung hat gegenüber Befürchtungen, unter der gegenwärtigen Reichsregierung könne die rechtliche Stellung des Judentums gefährdet werden, amtlich zum Ausdruck gebracht, daß diese Befürchtungen völlig grundlos seien. Es ist allerdings ein Zeichen für die Beunruhigung unter den deutschen Juden, daß das ausgesprochen werden muß. Die Beunruhigung ist begreiflich (sogar eine gewisse Nervosität ist begreiflich, die in der Erörterung der Frage des Herausstellens besonders mißliebig gewordener jüdischer Persönlichkeiten, wie sie unsere Berliner Redaktion im Zusammenhang mit dem stellvertretenden Polizeipräsidenten streifte, eine Stellungnahme gegen, statt eine Stellungnahme für das Judentum erblickt). Zwar, es gab schon früher, auch in unseren aufgeklärten Zeitläufen, in der antisemitischen Bewegung Perioden, in denen dieses unchristliche Haßfieber eine beträchtliche Verbreitung gefunden hatte. Aber die Tatsache, daß heute Millionen von Deutschen eine Partei wählen, die sich zur Judenfeindschaft, zum Willen, das „Artfremde" zu entrechten, bekennt, ist echter Grund zur Unruhe. Man kann sich allerdings gerade in Deutschland, das eine mehr als tausendjährige Geschichte seiner Bewohner jüdischer Konfession aufzuweisen hat, praktisch nicht vorstellen, daß eine Denkungsart, die innerhalb des Staatsbürgerlichen konfessionelle Unterschiede macht, wirklich noch einmal „offiziell" werden könnte. Auch versichern Persönlichkeiten, die den nationalsozialistischen Führern nahestehen, immer wieder — allerdings unter vier Augen —, „daß diese antisemitische Note wegen ihrer ebenfalls seit tausend Jahren erwiesenen Zugkraft zwar nicht entbehrt werden könne, daß aber keiner der verantwortlichen Nazi-Führer, vor allem Hitler selbst, daran dächte, etwas gegen die Juden zu unternehmen. Immerhin, verhetzte Massen sind auch ein Faktor, selbst wenn die Diktatur noch so autoritär organisiert ist! Darum ist es schon besser, daß die Nationalsozialisten durch den Ausgang der Wahlen gar nicht in die Lage versetzt werden, sich zu überlegen, ob sie ihr „Pro—gramm" gegen die Juden zur Ausführung bringen wollen oder nicht. Nicht nur im Interesse unserer jüdischen Mitbürger. Denn der Antisemitismus der Nationalsozialisten ist eine deutsche Schande.

Es ist offenbar, daß die „Frankfurter Zeitung" mit dieser Bemerkung die Haltung ihrer Berliner Redaktion in der Sache des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Bernhard Weiß zu verteidigen sucht. Es kann nämlich nicht daran gezweifelt werden, daß die Äußerungen zu dieser Sache, die verschiedentlich auch im Jüdischen Echo besprochen wurden, die größte Verwunderung gerade derjenigen jüdischen Schicht erregt haben müssen, als deren Leib- und Magenblatt bisher die „Frankfurter Zeitung", namentlich auch in ihrer Stellung zu deutsch-jüdischen Fragen betrachtet hat. Diese Bemerkungen stehen so sehr zu den bisherigen Grundanschauungen und Maximen der „Frankfurter Zeitung" im Widerspruch, daß diese sogar in den Verdacht geraten ist, sie sei neuerdings antisemitisch geworden. Davon ist natürlich gar nicht die Rede, aber andererseits dürfte es der „Frankfurter Zeitung" nicht ganz leicht fallen nachzuweisen, wie sie es in ihrer Bemerkung behauptet, daß ihr Verhalten im Fall Weiß nur als Eintreten für die Juden aufzufassen sei.

Hier und erst hier beginnt auch das öffentlich-jüdische Interesse an der Frage, die man aufs Haar so formulieren kann, wie es die „Frankfurter Zeitung" getan hat: ob nämlich in der Erörterung der Frage des Herausstellens besonders mißliebig gewordener jüdischer Persönlichkeiten eine Stellungnahme gegen, statt eine Stellungnahme für das Judentum zu erblicken sei, wenn, was in der „Frankfurter Zeitung" allerdings nicht hinzugefügt ist, diese Frage dahin beantwortet wird, daß solche Persönlichkeiten eben in dieser Zeit nicht herausgestellt werden dürfen. Die gute „Frankfurt. Zeitung", die sonst gerne den Präzeptor aller Welt spielt, hat dabei offenbar all ihre Geschichtskenntnisse und gewiß ihre früheren Theorien vergessen; sonst hätte sie vielleicht wenigstens an Walther Rathenau gedacht, der ja auch besonders „mißliebig" geworden war und daher nach ihrer heutigen Meinung niemals deutscher Außenminister hätte sein dürfen. Sie hat vergessen, daß sich auch jüdische Presseleute besonders „mißliebig" gemacht haben, vielleicht sogar solche, die ihr selbst nahestanden, daß man z. B. jüdischen Theaterleitern und Schauspielern ihre Mißliebigkeit sehr deutlich bescheinigt hat und daß das, was heute auf dem Gebiete der Politik von ihr konzediert wird, morgen auf dem Gebiete der Wirtschaft gegen die Juden vorgebracht werden wird.

Wenn sie nicht all diesen Überlegungen aus dem Wege gegangen wäre, hätte die „Frankfurter Zeitung" mindestens sich mehr Mühe geben und die Fragen beantworten müssen, die uns mit dieser Bemerkung gerade erst aufgeworfen erscheinen: wann ist ein Jude „besonders mißliebig", wer entscheidet über die Mißliebigkeit als solche und den

Grad, den sie erreicht hat, was heißt „Herausstellen", und schließlich, vorausgesetzt, daß dies alles einwandfrei und in faßbarer Weise zu klären wäre (die preußische Regierung z. B. scheint uns im Fall Weiß der absolut richtigen Auffassung zu sein, daß sie sich selbst etwas vergeben würde, wenn sie Weiß infolge der scheußlichen antisemitischen Hetze fallen ließe), inwiefern ist es eine Stellungnahme für die Juden, wenn man dafür eintritt, daß mißliebige Juden nicht herausgestellt werden sollen, also immerhin sich für eine von oben kommende Beschränkung der Juden bei der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte ausspricht? Heißt das nicht „Unterschiede in konfessioneller Hinsicht innerhalb des Staatsbürgerlichen" machen? (Die „Frankfurter Zeitung" kann sich, wie sie versichert, nicht vorstellen, daß eine solche Denkungsart noch einmal „offiziell" werden könnte.) Bedeutet das nicht schon eine Gefährdung der rechtlichen Position der Juden im deutschen Rechtsstaat?

Mit der Stellung dieser Fragen soll keineswegs — heute weniger denn je — gesagt sein, daß ihre Beantwortung etwa einfach wäre. Im Gegenteil. Sie wäre es nur, wenn man sich auf einen rein formalen Standpunkt stellen will (wozu übrigens die „Frankfurter Zeitung" nach wie vor die größte Neigung hat, wie sich schon daraus ergibt, daß sie zwar unversehens und sicher gegen ihren eigenen Willen das Problem der Juden im deutschen Rechtsstaat aufwirft, nachher aber an allen wirklichen Schwierigkeiten vorbeigeht). Dann nämlich schiebt man das Problem auf die Ebene konfessioneller Unterschiede und damit hat man das Vorhandensein praktisch schon geleugnet. Es ist offensichtlich, daß das heute kaum mehr angängig ist. Leider ist es auch offensichtlich, daß die Berufung auf den gegenwärtigen Rechtsstaat, die gegenwärtige Verfassung nicht mehr verfängt und nicht mehr genügt. Denn insoweit die Verfassung eine gesellschaftliche ist und nach dem berühmten Lassalle'schen Wort Verfassungfragen Machtfragen sind, ist sie bereits geändert; soweit die geschriebene Verfassung in Betracht kommt, sollen gerade die Bestimmungen, auf die es ankommt, nach dem Willen der Judenfeinde geändert werden.

Man kann mit der „Frankfurter Zeitung" nur wünschen, daß die Nationalsozialisten nicht in die Lage versetzt werden, ihr „Programm" gegen die Juden zur Ausführung bringen zu können. Zweifellos muß man es vom Standpunkt der deutschen Juden wünschen, ob man es vom Standpunkt der deutschen Juden wünschen muß, ist zwar uns nicht weniger zweifellos als der „Frankfurter Zeitung", aber daß mindestens 30% des deutschen Volkes das Gegenteil herbeisehnen, darin liegt ja des Übels Kern. Und man muß leider fragen, ob die „Frankfurter Zeitung" mehr Aussicht hat, mit ihren Belehrungen auf die Nationalsozialisten Eindruck zu machen, nachdem sie ihnen, wenn auch verklausuliert, zugegeben hat, daß besonders mißliebige Juden nicht herausgestellt werden sollen.

Die Nationalsozialisten in diesem Punkte belehren zu wollen, ist von vornherein für die nächste Zeit aussichtsloses Bemühen. Mit ihnen gibt es keine Diskussion. Sie könnten in die Lage kommen, das von ihnen geplante Unrecht zu verwirklichen, aber Unrecht würde auch dann Unrecht bleiben. Uns bliebe dann einzig der Protest und der Appell an die gesittete Welt. Die Frage aber, die zu diskutieren lohnt, ist vielmehr die: was geschieht, wenn die Wahlen keine klare Entscheidung bringen, wenn die heute gegebenen Rechtsgrundlagen nicht geändert werden, dafür aber auch die heute fast unerträglich gewordene Spannung bleibt und sich im Judenpunkte vielleicht noch verschärft? Für diese Situation ist vermutlich auch das Rezept der „Frankfurter Zeitung" bemessen. Wie immer man es dreht, zwar ist es ein Ratschlag an die Regierung, aber doch verlangt es einen Verzicht auch von uns Juden. Mit Unrecht sicherlich, aber vielleicht mit guten Gründen; denn wir sind die Schwächeren und es ist für den Schwächeren immer Gebot der Klugheit, bestehende Spannungen nicht noch zu verschärfen, wo es vermieden werden kann. Daß die „Frankfurter Zeitung" einen derartigen Ratschlag gibt, mag gut gemeint sein und es mag beweisen, daß sie klug ist: als ein Eintreten für die staatsbürgerlichen Rechte der Juden, als ein Eintreten für ihre Stellung im deutschen Rechtsstaat hätte sie ihn wirklich nicht ausdeuten dürfen. So grotesk das auch ist, daß man im Namen der jüdischen Gleichberechtigung ihre Außerkraftsetzung verlangt, so sicher ist, daß gerade dies heute die Haltung aller derjenigen ist, die überhaupt noch für die Juden eintreten.

Da man in Deutschland auch namens der Demokratie für deren Außerkraftsetzung eingetreten ist, kann diese Haltung nicht einmal überraschen. Ob es für uns Juden klug wäre, den Wink mit dem Zaunpfahl zu begreifen, könnte man freilich erst dann überlegen, wenn es eine geschlossene jüdische Gemeinschaft gäbe, die auf jeden einzelnen, der ihr angehört, einen starken Einfluß auszuüben imstande wäre und die dann vom einzelnen Verzichte für die Gemeinschaft verlangen könnte. Eine solch starke jüdische Gemeinschaft gibt es nicht. Vorläufig muß es daher jedem Juden überlassen bleiben, seinem eigenen Verantwortungsgefühl entsprechend zu handeln und die Sache der Gemeinschaft ist es, für die Rechte der einzelnen selbst dann einzutreten, wenn er durch ihre Ausübung Spannungen vermehrt, die wir alle auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sehen möchten. I. E.

Zum Todestage Theodor Herzls am 20. Tammus

In memoriam Theodor Herzl

Was in uns lag, hast Du zur Tat befreit,
Und hast uns liebend so zum Sein erweckt:
Du warst zum ganzen Werk bereit,
Des Traumes Wirklichkeit hast Du entdeckt. —

Fritz Rosenthal.

Eine neue Herzl-Biographie

Theodor Herzl, sein Leben und Vermächtnis von Manfred Georg. (Ralph A. Höger-Verlag, Berlin, Wien Leipzig.)

Der Schriftsteller und Zionist Manfred Georg hat die zionistische Literatur um ein Buch bereichert, das Freunde und Gegner des Zionismus in hohem Grade fesseln wird.

Zunächst eine Feststellung: est ist nicht die Herzl-Biographie, die wir seit Jahren erwarten. Trotz des vorhandenen, reichen Quellenmaterials, hat sich offenbar bis heute der richtige Herzl-Biograph noch nicht gefunden. Für gutinformierte Zionisten und vor allem für jenen kleinen Kreis Überlebender aus der heroischen Herzl-Epoche enthält Manfred Georgs neues Buch kaum neue oder unbekannte Tatsachen. Und doch stehe ich nicht an, zu erklären, daß das, was Georg hier über Herzl sagt, zu dem Schönsten und Besten gehört, was bisher über den Schöpfer des politischen Zionismus geschrieben wurde. Wenn ich mir kritisch darüber Rechenschaft zu geben suche,

warum ich dieses Werk mit so ununterbrochener Spannung vom Anfang bis zum Ende gelesen habe, so glaube ich sie darin gefunden zu haben, daß hier ein mit ebensoviel Geist wie Phantasie ausgestatteter Schriftsteller, der von der Größe und Schönheit unserer Idee erfüllt ist, das ausspricht, was Zionisten in ihren besten Stunden empfinden, und was — bewußt oder unbewußt — uns über alle Widerwärtigkeiten und Zeitströmungen hinweghilft. Es ist keine richtige Biographie, nein, aber es geht vielfach über eine Biographie hinaus.

In der Form einer Einleitung werden zwei Äußerungen von Albert Einstein und Thomas Mann über Herzl, Palästina und das neue Judentum wiedergegeben. Die Worte dieser beiden repräsentativen Geister unserer Zeit rufen mir unwillkürlich eine Stelle im ersten Band von Herzls Tagebücher ins Gedächtnis, aus den ersten Tagen, wo „die Quellen der Tiefe in ihm ausbrachen". Vorausahnend schreibt er dort:

„Nach diesen aufrichtigen Aufzeichnungen werden manche mich für größenwahnsinnig halten. Andere werden sagen oder glauben, daß ich für mich ein Geschäft oder Reklame machen will. Aber meine Pairs, die Künstler und Philosophen werden verstehen, wie echt alles ist, und sie werden mich schützen."

Auf zweihundertsiebenundsiebzig Druckseiten wird der wesentliche Inhalt von Herzls Tagebüchern und zionistischen Schriften (die allein etwa zweieinhalb Tausend Druckseiten umfassen) wiedergegeben und glossiert. Manches, was Georg zur Charakteristik Herzls, seiner Zeit und seiner Gegner sagt, ist von unnachahmlichem Reiz. Eine der packendsten Stellen ist die Gegenüberstellung: Herzl und Achad-Haam.

Die Titelüberschriften, die die achtzehn Kapitel des Buches tragen, sind höchst originell. Einige davon seien hier wiedergegeben: Briefwechsel und Unterredung mit Baron Hirsch betitelt der Autor mit „David schreibt an Goliath". Den treuen Mitarbeiter und Freund Herzls Rev. Hechler bezeichnet er mit „Der Sendbote der Könige". Seinen ersten, etwas zweifelhaften, diplomatischen Helfer Newlinski nennt er den „Geheimagenten des Zionismus". Den El-Arischplan, den größten politischen Erfolg Herzls, von dem er selbst sich am meisten versprach, betitelt Georg als „Luftschloß am Sinai". Eine ungemein kluge und treffende Benutzung der hauptsächlichen Literatur über Zionismus und Judenfrage, die der Verfasser am Schlusse anführt, verleiht dem Buch einen besonderen Wert, wie überhaupt seine Bedeutung — sogar als Quellenwerk — mir darin zu liegen scheint, daß es mit dem Tode Herzls nicht abbricht, sondern auf dem knappen Raum von zweiundvierzig Seiten zeigt, was aus Herzls Vermächtnis geworden ist. Diese Übersicht von Wolffsohn bis Weizmann, ja bis in die allerjüngste Zeit, läßt die Gestalten und Begebenheiten in plastischer Form und lebendiger Frische an uns vorüberziehen. Nichts Geringeres sehen wir, wie Herzls Traum, wie die Utopie Altneuland sich zur Wirklichkeit erhebt.

In Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, wo die Daseinsbedingungen unseres Volkes in der ganzen Welt ins Wanken geraten sind, wo die Hoffnung auf eine Besserung in naher Zukunft immer geringer wird, sucht man manchmal Trost und Stärkung in der Vergangenheit. Unser Lehrer und Meister Herzl, der uns, wie keiner vor ihm, die Ursachen unserer abnormalen Volksexistenz aufgezeigt hat, der durch eine einzigartige Leistung dazu beitrug, die Bedingungen dieses Daseins zu verbessern, er kann uns auch jetzt der wahre Tröster sein. Man kann sich nicht oft genug mit ihm beschäftigen. Manfred Georgs Buch bringt uns ihn wiederum einmal ganz nahe, das zeigen besonders die Schlußworte seines Werkes, die hier wiedergegeben seien:

Denn Herzl, der größte und genialste Führer des jüdischen Volkes seit seiner Zerstreuung hat nicht für einen jüdischen Kleinstaat, sondern für einen jüdischen Menschenstaat gelebt und gefochten, für ein Ziel also, das wie alle großen Ziele nicht nur einem Volke, sondern letzten Endes allen Völkern nützen wird. Mit Herzl vollendet sich ein neuer Nationalismus in dieser Welt, der nichts mit Chauvinismus, Krieg und völkischen Werturteilen zu tun hatte, sondern der, der Zerstreuung des jüdischen Volkes als Schicksalepisode, nicht als Ziel begreifend, die Geschichte der Juden fortführt. Fortführt in neue Zeiten, neue Formen, neue Wirklichkeiten — getreu der jüdischen Aufgabe des jüdischen Volkes: erkennend sich der Erkenntnis darzubringen. Sinnbringer des Weltgeistes, Pionier der Idee zu sein.

Adolf Pollak

Lord Plumer gestorben

Wie aus London gemeldet wird, ist dort am 16. Juli Feldmarschall Viscount Herbert Plumer gestorben. Plumer war der zweite High Commissioner Palästinas. Er stand von 1925 bis 1928 an der Spitze der Palästina-Regierung. (Plumer war der unmittelbare Nachfolger Sir Herbert Samuels, der 1920 bis 1925 Palästina verwaltete; nach Plumer kam Sir John Chancellor, 1928—1931, auf diesen foglte Sir Arthur Wauchope, der gegenwärtige High Commissioner.)

Plumer ist einer der angesehensten Generäle der britischen Armee gewesen. Er hat auch schon am Sudan-Krieg 1884 und am Buren-Krieg teilgenommen, war während des Weltkrieges Armeekommandant und später Befehlshaber der britischen Rheinarmee, übernahm dann das Gouvernorat von Malta, von wo er 1925 nach Palästina entsandt wurde. Plumers Amtszeit in Palästina war eine Zeit der Ruhe und Sicherheit im Innern und an den Grenzen, trotzdem damals gerade in der unmittelbaren Nachbarschaft Palästinas, im Drusengebirge und in Syrien, ein Aufstand tobte. Seine Amtsführung stand vielfach unter militärischen Gesichtspunkten, und wenn auch die wichtigsten von ihm durchgeführten Maßnahmen, so die Auflösung der gemischten Gendarmerie und die Aufstellung des (judenreinen) transjordanischen Grenzkorps, von den Juden heftig kritisiert wurden, so schien doch in seiner Amtszeit jede Ruhestörung ausgeschlossen. Bekannt ist das charakteristische Gespräch geworden, das er einmal mit dem Präsidenten der Arabischen Exekutive, Muza Kazim Pascha, führte. Als dieser gewisse Forderungen stellte und sagte, im Falle der Nichtgewährung könne er keine Garantie für Ruhe und Sicherheit übernehmen, antwortete Lord Plumer: „Diese Garantie brauchen Sie nicht zu übernehmen, dazu bin ich da."

Die jüdische Öffentlichkeit trat Plumer zunächst mit großer Zurückhaltung gegenüber, da es gefühlsmäßig eine schwere Enttäuschung bedeutete, daß nach Herbert Samuel ein Nichtjude zum High Commissioner ernannt wurde. Später aber gewann Plumer immer stärker die jüdischen Sympathien, insbesondere als er in der Zeit der schwersten jüdischen Arbeitslosigkeit, in den Jahren 1926/27, sich mit Wärme für eine Erleichterung der Situation

einsetzte und persönlich für die Beschäftigung jüdischer Arbeitsloser bei öffentlichen Arbeiten eintrat. Andere wichtige Regierungsakte, die in Plumers Amtszeit fallen, sind das Gesetz über die Munizipalwahlen, das Gesetz über die jüdischen Gemeinden und die Palästina-Anleihe von 1926. Ferner wurde die öffentliche Schuld Palästinas (Anteil an der ottomanischen Staatsschuld und Defizit der Militäradministration vor 1920) aus den Überschüssen des Budgets vollständig zurückgezahlt (insgesamt 820 000 Pfund). Plumer verließ bereits nach drei Jahren seinen Posten in Jerusalem, angeblich wegen Differenzen mit dem Londoner Kolonialamt in der Frage der Reorganisation der militärischen Kräfte im Vorderen Orient. Kurz nach Plumers Abgang spitzten sich bekanntlich infolge der Aufbauschung der Klagemauer-Affäre die Beziehungen zwischen Juden und Arabern überaus zu und unter Plumers Nachfolger kam es 1929 zu dem furchtbaren Massaker.

Auch nachdem er sich zur Ruhe gesetzt hatte, bekundete Plumer reges Interesse für Palästina-Angelegenheiten.

Aus der jüdischen Welt

Ein jüdischer Arbeitgeber darf seinen antisemitischen Angestellten nicht entlassen

Urteil des Arbeitsgerichts

Berlin, 5. Juli. (JTA.) Die Kammer 9 des Arbeitsgerichts hat unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Schulz entschieden, daß beleidigende antisemitische Äußerungen eines Angestellten einen jüdischen Arbeitgeber nicht berechtigen, den Angestellten fristlos zu entlassen.

In einer Großhandlung, die zahlreiche jüdische Angestellte beschäftigt und von jüdischen Inhabern geleitet wird, arbeitete ein Schwerkriegsbeschädigter als Kontorist gegen ein Gehalt von 228 RM. monatlich. Drei Tage nach den Preußenwahlen kam der Kontorist sehr angriffslustig zur Arbeit und verbreitete sich auf dem Korridor über seine Ansichten zur Judenfrage. Neben anderen aggressiven Bemerkungen äußerte er, daß „die Juden nach dieser Wahl wohl die Nase ein bißchen voll haben" würden. Die Reinmachefrau, sein Gesprächspartner, wehrte sich gegen die unerwünschte politische Aufklärung und wurde daraufhin von ihm beschimpft und bedroht. Die anderen Angestellten und Inhaber wollten nach diesen Vorfällen mit dem antisemitischen Mitarbeiter nicht länger zusammenbleiben. Man zahlte ihm sein Gehalt für den laufenden und den nächsten Monat und verzichtete auf sein weiteres Erscheinen.

Mit der Klage vor dem Arbeitsgericht beantragte der Entlassene, festzustellen, daß sein Arbeitsverhältnis weiter fortbestünde, weil er ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle entlassen worden sei. Er habe die Bemerkungen auch nicht „tendenziös" gemeint.

Das Gericht gab der Klage statt. Das Arbeitsverhältnis mit einem Schwerkriegsbeschädigten dürfe nur dann ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle gelöst werden, wenn der Angestellte einen Grund zur fristlosen Entlassung gegeben habe. Das sei aber hier nicht der Fall. Die allgemein gehaltenen antisemitischen Äußerungen hätten sich nicht auf die Inhaber der Firma bezogen und wären auch nicht zur Weitergabe bestimmt gewesen. Sie könnten lediglich eine fristgemäße Kündigung rechtfertigen, falls die Inhaber „nicht vermögen, in großzügiger Weise über diese sehr unerheblichen und taktlosen allgemeinen Redensarten des Klägers hinwegzusehen". Die verurteilte Firma hat bereits Berufung beim Landesarbeitsgericht eingelegt.

Einbürgerung in Preußen erst nach einem Inlandaufenthalt von 20 Jahren

Berlin, 6. Juli. (JTA.) Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des Preußischen Ministers des Innern auf eine kleine Anfrage entnimmt, werden die bei preußischen Behörden gestellten Einbürgerungsanträge in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft. Die Einbürgerung erfolgt nur, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die Antragsteller den zwischen den Ländern vereinbarten Richtlinien genügen und die außerpreußischen Länderregierungen im Umfrageverfahren Bedenken nicht erhoben haben oder der Reichsrat die vorgebrachten Bedenken für unbegründet erklärt hat.

Nach einer neueren Entschließung des Reichsrats soll übrigens der Einbürgerung von Ausländern nichtdeutscher Herkunft in der Regel ein Inlandsaufenthalt von 20 Jahren vorhergehen.

Antrag der Nationalsozialisten gegen Herrn Polizeivizepräsidenten Weiß

Berlin, 13. Juli. (JTA.) Die nationalsozialistische Fraktion im Preußischen Landtag hat folgenden Antrag gestellt:

„Nr. 573, Urantrag Kube, Hinkler, Lohse (Altona), Haake, Dr. Freisler und die übrigen Mitglieder der Faktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei:

Der trotz mehrfacher, seine sofortige Absetzung fordernder Beschlüsse des Landtags immer noch von der derzeitigen geschäftsführenden Preußen-Regierung im Amt gehaltene Dr. Bernhard Weiß hat sich an der Riviera von dem Schuhjuden Krojanker der Firma Tack & Co. aushalten lassen. Dieser bezahlte auch des Dr. Weiß erhebliche Spielverpflichtungen.

Ist schon ein solches Verhalten auch für einen jüdischen Beamten, dem infolge seiner Rassezugehörigkeit naturgemäß deutche Ehrbegriffe fremd sein müssen, eine Unmöglichkeit, so kommt hinzu, daß die Frau des Bernhard Weiß, wie in Berlin öffentliches Geheimnis ist, das notorische Verhältnis des Krojanker ist. Selbst wenn B. Weiß das nicht glauben sollte, ist ihm doch bekannt, daß man in Berlin allgemein der Ansicht ist, daß intime Beziehungen zwischen Krojanker und der Frau des B. Weiß bestehen. Es ist deshalb um so unverständlicher, daß Weiß sich von diesem Krojanker aushalten ließ.

Da dieses Verhalten jedes Gefühl für Würde vermissen läßt, beantragen wir:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, auch wegen dieses Verhaltens des B. Weiß das Dienststrafverfahren gegen ihn mit dem Ziele der Dienstentlassung zu betreiben."

Der Preußische Innenminister Severing hat nun an den Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Bernhard Weiß ein Schreiben gerichtet, in dem er Dr. Weiß sein tiefstes Bedauern darüber ausspricht, daß nunmehr im politischen Kampf gegen einen Beamten auch eine Frau in mehr als unqualifizierbarer Weise angegriffen wird. Der Inhalt und Ton dieses Schreibens läßt keinen Zweifel daran, daß Dr. Weiß bei seinem vorgesetzten Minister den notwendigen Schutz gegenüber Verleumdungen finden wird.

Nationalsozialisten überfallen in Würzburg Mitglieder des Jüdischen Pfadfinderbundes Berlin

Berlin 18. Juli. (JTA.) Wie aus Würzburg telegraphiert wird, wurden am Sonnabend Abend acht Mitglieder des Jüdischen Pfadfinderbundes Berlin,

die auf einer Bayern-Fahrt nach Würzburg kamen, dort von 20 Angehörigen der Hitlerjugend bei der Besichtigung der Stadt auf der Straße überfallen und in roher Weise mißhandelt.

Die Bluthetze

Aus einer in Neustadt a. d. H. gehaltenen Rede des Pg. v. Jagow:

„SA., SS., Parteigenossen, Volksgenossen, die noch nicht in unseren Reihen stehen! Es war das erstemal im Jahre 1927, daß in Gastetten von ruchloser Mörderhand ein junger Bauernsohn zusammengeschossen wurde.... Wir müssen unter allen Umständen mit dieser Mordpest aufräumen.... Wir stecken das Mordpack in die Ghettos und in die Gefängnisse und hängen es eines Tages an den Galgen, und auch jene, die hinter ihnen stehen. Aus dem Hause des Juden Levy wurde auch geschossen. Kameraden, wir wollen ihnen beweisen, daß unsere größte Stärke in der Disziplin liegt, aber wir wollen dem Juden sagen, und jedem einzelnen Juden sagen wir es persönlich: Der Jude allein ist schuld, daß unsere Parteigenossen hingemordet werden. Du bist schuld, daß unser Volk sich hinmordet, du Jude bist schuld, daß dieser Zwiespalt in unserem Volke ist, du Jude mußt es büßen."

Hierzu wurde von den Herren des Central-Vereins mitgeteilt: Diese Mordaufforderungen entbehren jeglicher Unterlage. In Neustadt a. d. H. ist von keinem Juden geschossen worden, ist kein jüdischer Hausbesitzer Levy, ist überhaupt keine Gewalttat geschehen, sondern unter der glühenden Hitze ist ein körperlicher Zusammenbruch einiger SA.-Leute erfolgt.

Fünf jüdische Medizinforscher in Wien zu Professoren ernannt

Wien, 5. Juli. (JTA.) Im Rahmen des letzten Avancements wissenschaftlich verdienter Mediziner wurde auch fünf jüdische Medizinforscher zu außerordentlichen Professoren an der Universität Wien ernannt. Es sind der Kinderarzt Dr. Adolf Hecht, der Laryngologe Dr. Karl Kofler, der Magenspezialist Dr. Walter Zweig, der Internist Dr. Leo Pollak und der Diagnostiker Dr. Oskar Weltmann.

Sommerfrischen-Pogrom bei Warschau

Warschau, Juli. (JTA.) In der Warschau benachbarten großen Sommerfrische Otwock entstand eine ungeheure Panik unter den jüdischen Erholungsuchenden, als eine Bande Huligans unvermutet am Badestrand erschien und aus Revolvern Schüsse auf die Badenden abgab. Als die Badenden unbekleidet in den Ort flüchteten, um sich zu bergen, rannten die Huligans hinterher und gaben Schüsse auf die Flüchtenden ab, von denen mehrere verletzt wurden. Da Polizei nicht rechtzeitig erschien, konnten die Huligans unerkannt entkommen.

Juden dürfen in Posen und Pomerellen keine Immobilien erwerben

Warschau, 11. Juli. (JTA.) Auf Grund eines alten deutschen Gesetzes, wonach jede Transaktion in Immobilien der Bestätigung durch die Behörde bedarf, werden Boden- und Häuserkäufe von Juden im ehemals deutschen, jetzt polnischen Gebiet Pomerellens durch die polnische Behörde regelmäßig nicht bestätigt. Die Warschauer nationaldemokratische Zeitung „Gazeta Warszawska" zählt eine Reihe von Fällen aus Thorn, Gradniza und anderen Städten auf, in denen Gesuche von Juden, den Kauf von Häusern und Boden zu legalisieren, durch die Gerichte abschlägig beschieden wurden.

Nationaldemokratische Studenten überfallen ein Sommerlager jüdischer Studenten

Krakau, 17. Juli. (JTA.) Eine Gruppe nationaldemokratischer Studenten aus Posen überfiel das Sommerlager der jüdischen Hochschüler in Paranin in der Nähe des bekannten polnischen Karpathen-Kurortes Zakopane, demolierte einen Teil der Kolonie und mißhandelte die Insassen, von denen mehrere nicht unerhebliche Verletzungen davontrugen.

Palästina- und Friedenskonferenz jüdischer Jugend

Antwerpen, 11. Juli. (JTA.) Auf Initiative des interterritorialen Verbandes der jüdischen Jugend findet vom 31. Juli bis 4. August in Antwerpen eine dem Problem „Israel und der Weltfriede" gewidmete Konferenz statt. Es werden folgende Themen behandelt werden: „Nationalismus und nationale Kultur"; „Krieg und Frieden"; „Organisation des inneren und des äußeren Friedens"; „Das Judentum und der Friede".

Jugendverbände Deutschlands, Frankreichs, Amerikas, Ägyptens, der Tschechoslowakei, Palästinas, Englands und Belgiens haben bereits ihre Teilnahme zugesagt. Persönlichkeiten wie Rabbiner Dr. Baeck, Berlin, Professor Martin Buber, Aimé Pallière, Wladimir Jabotinsky, Jizchak Grünbaum, als Vertreter des Weltverbandes Makkabi, des Weltverbandes jüdischer Studenten und des Haschomer Hazair.

Emek-Hospital geschlossen

Jerusalem, 4. Juli. (JTA.) Nachdem alle Appelle an die Palästina-Regierung, dem in Not geratenen Zentralhospital im Emek Jezreel finanziell zu Hilfe zu kommen, resultatlos geblieben sind, mußte das Hospital wegen Mangels an Mitteln seine Tore schließen.

Eine Baron Hirsch-Kolonie in Palästina

Jerusalem, 4. Juli. (JTA.) Aus Anlaß des 100. Geburtstages des großen jüdischen Philanthropen Baron Maurice de Hirsch wird gegenwärtig in Palästina auf Keren Kajemeth-Boden eine Baron Hirsch-Kolonie errichtet.

Jüdische Weltkonferenz findet in Zürich statt

New York, 19. Juli. (JTA.) Die Leitung des American Jewish Congress hat beschlossen, die für den 14. August d. J. nach Genf einberufene jüdische Weltkonferenz in Zürich mit dem gleichen Datum stattfinden zu lassen. Für diese Verlegung war der Wunsch bestimmend, die Konferenz in einer Stadt abzuhalten, die eine größere jüdische Bevölkerung besitzt und in der schon öfters größere internationale jüdische Konferenzen stattgefunden haben.

Wie die JTA. erfährt, hat bereits eine große Zahl führender jüdischer Organisationen und Gemeinden die Beteiligung an der Konferenz zugesagt. Man rechnet mit etwa 100 Delegierten. Die Delegation aus Amerika besteht aus 30 Mitgliedern.

Personalia

In der vergangenen Woche beging der Vorsitzende der Tagung des Verbandes Bayer. Israelitischer Gemeinden, Geheimrat Professor Dr. Hans Silberschmid, München, seinen 70. Geburtstag in größter Frische und in seltener Arbeitsfreudigkeit. Seine Verdienste um die Arbeit des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden sichern ihm Dank und Verehrung in allen Kreisen des bayerischen Judentums und erwecken den Wunsch, daß es ihm noch lange vergönnt sein

möge, seine Tatkraft und Erfahrung auch jüdischen Angelegenheiten zu widmen.

Ihren 60. Geburtstag beging ebenfalls in der letzten Woche Frau Cornelie Fränkel, München. Frau Fränkel gehört dem leitenden Ausschuß des jüdischen Wohlfahrtsamtes, außerdem dem jüdischen Frauenverein an. Seit Jahren tritt sie mit großer Hingebung für die Armen ein und kümmert sich mit Liebe und Verständnis um ihre Schützlinge. Es ist besonders hervorzuheben, daß die Schaffung des Postens der Gemeindeschwester, die nun schon einige Jahre viel Gutes unter den Armen und Kranken der Gemeinde wirkt, auf Anregung von Frau Fränkel zustande kam. Wir wünschen der Jubilarin noch recht viele Jahre froher Schaffenskraft zur Mithilfe, die Not der heutigen schweren Zeit zu lindern.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Jungzionistischer Arbeitskreis München

Am 6. Juli 1932 sprach Herr Dr. Ludwig Mayer aus Augsburg als Gast im jungzionistischen Arbeitskreis über Entwicklungstendenzen der Assimilation. Der Referent gab zunächst eine Darstellung der Assimilationsphasen, die das jüdische Volk oder Teile desselben durchgemacht haben. Angefangen von dem griechischen Einfluß zur Zeit Philos über die Epoche der spanischen Assimilation, die mit der Vertreibung der Juden aus Spanien ein Ende fand, zur dritten und größten Epoche, in deren Mitte wir selber noch stehen. Sie nahm ihren Anfang in der Zeit der Aufklärung und mit den Ideen von 1789. Unter Heranziehung von Ruppins Buch: Die Juden der Gegenwart zeigte Herr Dr. Mayer das verschiedene Stadium der Assimilation, wie es unter den einzelnen Schichten der Juden hervortritt. Als entschiedener Mangel wurde es hier empfunden, daß mit keinem Wort auf Ruppins neues Werk: Soziologie der Juden (1931) eingegangen wurde, in dessen 2. Bande eine eingehende Schilderung der Assimilation ihre geistige und soziologische Begründung gegeben wird. Die Assimilation, die für uns Juden am stärksten zu beachten ist, die rote Assimilation sollte an diesem Abend diskutiert werden. Der Referent gab einen kurzen Auszug aus der Marx'schen Schrift zur Judenfrage (1844), weil Otto Hellers Buch: Der Untergang des Judentums an diese Ideen anknüpft. Es wurde der Inhalt des Heller'schen Buches wiedergegeben, das im Effekt eine reine Sowjetpropaganda darstellt. In den russisch-jüdischen Kolonisationszentren wird heute eine ganz bewußte Assimilation getrieben; die jüdischen Probleme sollen immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden und den Untergang des Judentums herbeiführen. Herr Dr. Mayer schloß damit, daß der Todfeind des Zionismus der Kommunismus sei, weil er eine Auflösung des Judentums anstrebe, während der Zionismus doch eine Neubelebung des jüdischen Volkstums anstrebe. Ein wirklicher Zionist könne darum niemals auch Kommunist sein.

In der Diskussion hob Herr Fritz Rosenthal hervor, daß nicht geleugnet werden könne, daß auch in den zionistischen Reihen der Kommunismus eine beachtliche Anhängerschaft habe. Er selbst lehne jedoch jeden sogen. Bindestrich-Zionismus ab, und erkenne nur den reinen, von Herzl ausgehenden Zionismus an.

Es folgte nun eine nicht gerade erfreuliche Debatte, in der viele Redner zwar mit großer Leidenschaftlichkeit, aber weniger Geschick ihren jeweiligen Parteistandpunkt vertraten und im Grunde nur aneinander vorbeiredeten.

Der Referent versuchte in einem Schlußwort, die Debatte noch einmal auf den Blickpunkt seines Referats abzustimmen und die Notwendigkeit einer reinen zionistischen Bewegung aufzuzeigen. a. h.

In der Ziehung der K.K.L.-Wertlotterie

am 10. Juli fiel der erste Haupttreffer auf Los Nr. 1059, der zweite auf Nr. 307, der dritte auf Nr. 1069, der vierte auf Nr. 749, der fünfte auf Nr. 596 und der sechste auf Nr. 1145. Die übrigen Gewinne können aus der Ziehungsliste ersehen werden, die im Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1, sowie in den bereits mehrfach veröffentlichten Vorverkaufsstellen aufliegen. Die Gewinne wollen bitte bis spätestens 1. August werktägig von 3—6 Uhr im Büro abgeholt werden, da sie sonst verfallen. Wir wünschen den glücklichen Gewinnern viel Vergnügen an ihren Preisen und möchten nicht verfehlen, auf diesem Wege allen denjenigen, die unsere Lotterie durch Gaben oder durch Loskauf unterstützt haben, nochmals unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

Jüdischer Nationalfonds München.

Wochenprogramm der V.J.St. „Jordania"

Montag, den 25. Juli, 20.30 Uhr: Kurs.
Mittwoch, den 27. Juli, 20.30 Uhr: Schlußkonvent.
Donnerstag, den 28. Juli, 19 Uhr: Sport.

XXIV. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Die Wahl der Delegierten zu dem am 11. und 12. September in Frankfurt a. Main stattfindenden Delegiertentag erfolgt in München am Mittwoch, den 31. August, abends von 6 bis 9 Uhr, im Büro der Zionistischen Ortsgruppe, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Wahlvorschläge müssen bis einschließlich Mittwoch, den 23. August, im Büro der Zionistischen Ortsgruppe eingereicht werden und haben die Unterschriften von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern der Zionistischen Ortsgruppe zu tragen.

Die Wahlkommission.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565, Fernsprecher München 29 74 49, Nürnberg 21 9 12

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15 Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 32 vom 21. Juni bis 19. Juli 1932

Spendenbuch: Hugo Droller anläßl. seines Universitätspreises 10.—, Fa. Max Bogopolsky anläßlich der Geschäftseröffnung 10.—.

Allgemeine Spenden: Elieser Schindler u. Frau gratulieren ihrem Schwager u. Bruder Max Hojda zum Doktor 2.—, Thoraspende von Herrn Zitronenbaum, Essen 2,—, Ida Sturm dankt Theodor Harburger 1.—, Jetty Blau, gewonnene Wette 5.—, Erlös aus dem Verkauf von Tozereth Haarez 3.50 = 13.50.

Büchsen, geleert durch Raphael Grünbaum: (JPD.) Frau Békés 1.80, M. Vogelsinger 1.—, B. Diamand 1.52, Frau R. Kalter 1.34, 2 Bü. unter 1.— 1.02 = 6.68.

Geleert durch N. N.: Fritz Feuchtwanger 2.54, Dr. M. Siegel 1.50, Adolf Pilpel 3.04, Dr. S.

Feuchtwanger 2.73, Frau Nußbaum 2.08, Otto Kestler 1.30, Dr. R. Straus 1.27, Heinz Schild 1.40, Th. Feuchtwanger 1.08, H. Guggenheim 1.07, Karl Wiesel 3.— = 21.01.

Geleert durch Max Traub: J. Anmuth 2.76, M. Weißbarth 1.—, B. Goldfarb 2.54, J. Schenirer 1.—, J. Goldmann —.50 = 7.80.

Geleert durch Lippert (JPD.), 2. Rate: Max Landmann 3.— = 3.—.

Geleert durch Jackie Renka (JPD.): S. Gröger 2.30, Justin Liebermann 1.—, Dr. Neumayer 1.—, N. N. —.27 = 4.57.

Geleert durch Friedl Gidalewitsch (JPD.): N. N. 3.50, L. Jakob 1.80, L. Iram 1.—, Is. Wien 6.20, R. Minikes-Simann 4.25, Frau Frydmann 1.55, J. Fischer 1.60, J. Schild —.80, H. Pumpian 1.65, Frau E. Gutter 3.65 = 26.—.

Geleert durch Sigi Seligson (JPD.): S. Pmogar 1.—, L. Herbst 1.—, Dir. Apfel 1.30, S. Seligson 1.10, S. Wilschinsky 1.20, Is. Epstein 1.20, Frl. Ida Gutmann 1.85, Th. Harburger 2.—, Noe Blum 1.73, Hans Weber 1.—, J. Goldner 1.—, Idelsohn 3.30, N. N. —.50 = 18.28.

Geleert durch N. N.: Kom.-Rat Is. Bach 5.—, J. Kleinhaus 1.—, Dr. J. Siegel 1.09, Albert Bach 1.—, Jos. Hirsch 1.59 = 9.68.

Material: Dr. Eliasberg, 1 Serie Liederkarten —.60, Sigi Seligson, 1 Serie Liederkarten —.60, 4 N.-F.-Telegramme 2.— = 3.60.

Summe: 131.96.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1931: 5260.21.

Die Telegramme des Jüdischen Nationalfonds sind jetzt auch in der Ewer-Buchhandlung zum verbilligten Preis RM. —.50 zu haben.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Büchsen unter 1 RM. nicht mehr namentlich ausgewiesen werden können.

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 15. Juli 1932

Spendenbuch: Anl. der Vermählung ihrer Kinder spenden: Prof. Rosenfeld u. Frau, Ignaz Frank u. Frau je 15.— = 30.—, Leo u. Judith Wißmann anl. ihrer Vermählung 10.—, Herr u. Frau Herm. Oppenheimer anl. der Geburt ihres Sohnes 5.—, Herr u. Frau Dr. Simon Baer anl. der Geburt ihrer Tochter 5.—.

Allgemeine Spenden: N. N. aus einem besonderen Anlaß 5.—.

Bäume für Dr. L. Liebstaedters A.-Garten: Dr. Stefan Löwengart u. Frau grat. Leo u. Judith Wißmann zur Vermählung ½ B. 3.—.

Wertzeichen: Anna Löwengart 1 Telegramm —.62.

Büchsen: Durch Ruth Strauß (Dr. Landauer 5.—, Kohn, Koschland je 2.—, Krämer 1.81, Bieringer 1.13, Katz 1.05) = 13.49.

Nachleerung (Oppenheimer —.50).

Durch Karl Goldmann (Heinr. Ullmann 5.—, Bekker —.70) = 5.70.

Durch Jakob Zurawel (Dr. Liebstaedter 3.16, Graf 1.30, Dr. Jakob —.50) = 4.96.

Durch Theo Heißer (Adolf Stein 3.—, Gutmann 1.16) = 4.16.

Durch Max Joscowitz (Friedmann 1.40, Joscowitz 1.—) = 2.40.

Durch Tilla Grünbaum von Landau 1.—.

Durch Walther Koch von Brandeis —.66.

Summe: 90.99.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1931 aufgebracht: 5697.84.

1932 Wochenkalender 5692

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	24	20	
Montag	25	21	
Dienstag	26	22	
Mittwoch	27	23	
Donnerst.	28	24	
Freitag	29	25	
Samstag	30	26	מטות מסעי מברכין החדש הפטרה שמעו דבר ה' (Jer. 2, 4-28. 3, 4) (P. R. פרק א')

Verantwortlich für die Redaktion: Isa Emrich, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.